



# Deutsch-Schweizerischer Dialog benötigt neue Impulse

Von dem Besuch der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im April in Bern muß ein Impuls für einen verbesserten, lösungsorientierten Dialog zwischen Deutschland und der Schweiz ausgehen.

Gerade aufgrund des gutnachbarschaftlichen Verhältnisses zur Schweiz dürfen Probleme nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern sollten in einem kontinuierlichen Diskussionsprozess gelöst werden.

**Paketlösungen**, wie sie von Ministerpräsident Günter Oettinger vorgeschlagen wurden, sind abzulehnen; klare, transparente Politik ist gefragt. Jede Thematik muss eigenständig gelöst werden. Dies betrifft auch den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr, z.B. von Handwerkerleistungen in der Schweiz.



**Hartfrid Wolff MdB am Berliner Reichstagsgebäude, im Hintergrund die Fahne der Schweizer Botschaft. Hartfrid Wolff ist in Basel (CH) geboren und ist stellv. Vorsitzender der Deutsch-Schweizerischen Parlamentariergruppe im Bundestag.**

Die Verbesserung der Infrastruktur muss im Sinne eines vernünftigen Miteinanders angegangen werden. Dabei geht es sowohl um die Frage der Lärmbeeinträchtigungen durch den **Flughafen Zürich-Kloten** über Südbaden und den Weiterbau der A 98 durch schweizerisches Gebiet, als auch um die bessere Anbindung der Nord-Süd-Schienenverbindungen und die zügigere Abfertigung an den Grenzübergängen, z.B. in Weil am Rhein. Im aufstrebenden, gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum Hochrhein - Nordschweiz sind Hängepartien nicht hinnehmbar.

Auch muss die **Zusammenarbeit im Straf- und Steuerrecht** intensiviert werden. So sind, z.B. im Bereich der Geldwäsche oder bei der Bekämpfung der Steuerdelikte, sinnvolle Vorschläge zu erarbeiten, ohne einerseits Grenzgänger zu sehr zu belasten und andererseits eine effektive Kriminalitätsbekämpfung zu gewährleisten.

## CSU-Steuersenkungsvorschlag ist unseriös

Die CSU hat in den letzten Tagen mit großem Medienrummel ein Steuerkonzept vorgelegt, mit dem die Bürgerinnen und Bürger angeblich deutlich entlastet werden sollen. Das ist zwar als Ziel richtig. Auch die FDP hat schon immer gefordert, dass die Bürger mehr Netto vom Brutto erhalten sollen. Gleichwohl ist das Konzept der CSU nicht seriös:

1. ist es nicht ausreichend durchgerechnet; die Gegenfinanzierung fehlt vollständig. Wer eine Steuersenkung verlangt, muss sagen, wie es gegenfinanziert werden soll!

2. Das weitere Festhalten an der Progression sorgt dafür, dass keine ausreichende Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen entsteht; die kalte Steuererhöhung gerade niedriger Einkommen kann durch einen

Stufentarif, wie ihn die FDP vorschlägt, verhindert werden.

3. Es ist ein reiner Wahlkampftrick: Die CSU hat in dieser Legislaturperiode 2007 u.a. mit der Anhebung der MwSt bereits der größten Steuererhöhung seit Bestehen der Bundesrepublik zugestimmt, seit 2005 waren es sogar 19 Steuererhöhungen mit CDU/CSU-Unterstützung. Jetzt will die CSU versuchen, durch das vermeintliche Kopieren von FDP-Forderungen vor den bayrischen Landtagswahlen wieder Boden gut zu machen. Das ist durchsichtig.

Entscheidend ist es deshalb, nicht nur die Steuern zu senken, sondern, wie es die FDP schon lange vorschlägt, das Steuersystem deutlich zu entbürokratisieren und zu vereinfachen. Die Steuern zu senken, damit die Bürger  
Fortsetzung auf Seite 2

### Termine

**19.05.2008 Schliersee**

Besuch einer Moschee und Vortrag zur sozialen Marktwirtschaft.

**21.05.2008 FDP Eppelheim**

Vortrag „Soziale Marktwirtschaft“.

**23.05.2008 IdeenPark, Messe Stgt.**

Zukunftsworkshop mit Abgeordneten

**23.05.2008 Verfassungstag**

Veranstaltung zum Verfassungstag in Waiblingen im Bürgerzentrum. Beginn: 18.30 Uhr. (s. Seite 3)

**24.05.2008 Landesvorstand**

FDP/DVP Baden-Württemberg

**26.05.-30.05.2008 Bundestag**

Sitzungswoche in Berlin

## Aus dem Bundestag

### EU-Reform

Der Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche den Vertrag zur Reform der Europäischen Union mit großer Mehrheit angenommen. Nur die Linke stimmte dagegen. Der **Vertrag von Lissabon** soll an die Stelle der geplanten EU-Verfassung treten, die bei Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war. Von 2014 an entscheiden nun die EU-Mitgliedsländer im Rat nach der doppelten Mehrheit. Diese ist dann erreicht, wenn mindestens 55 Prozent der Staaten zustimmen, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten. Die bisher nach dem EU-Vertrag von Nizza auf alle Länder aufgeteilten 345 Stimmen werden dann abgeschafft. Die Regel von Nizza kann auf Wunsch eines Staates bei Abstimmungen noch bis 2017 angewandt werden. Zudem wird die Kommission verkleinert; die Rolle des künftig für zwei Jahre gewählten Ratspräsidenten wird gestärkt, ebenso wie die Rechte des EU-Parlaments. FDP-Fraktions- und Parteichef **Guido Westerwelle** betonte in seiner Rede, dass dies ein Tag sei, an dem die Grenzen nicht zwischen Regierung und Opposition verlaufen. Er erinnerte daran, dass die EU die längste Friedenszeit in der Geschichte des Kontinents gebracht habe. Zugleich wies Westerwelle aber darauf hin, dass eine Verfassung mit Volksentscheid noch besser gewesen wäre und man daher jetzt eine zweitbeste Lösung hätte. Zudem bedauerte er, dass sich der freie Wettbewerb nur in einer versteckten Protokollnotiz wie-

derfinden lasse (vgl. FDP-Entschließungsantrag). **Michael Link**, Mitglied der FDP-Fraktion im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU, begrüßte die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft mit dem Reformvertrag. Link erklärte, dass den nationalen Parlamenten die Rolle der Hüter des Subsidiaritätsprinzips zukäme. Im vorliegenden Vertrag gebe es allerdings noch Unschärfen bei den Kompetenzen. Daher hoffe er, dass diese mit Hilfe der Rechtsprechung durch den Europäischen Gerichtshof beseitigt werden können. Um die Rolle des Bundestags bei den Entscheidungsprozessen zu stärken, forderte Link die Einführung einer europäischen Fragestunde im Parlament.

### Bankenkrise

In der letzten Sitzungswoche befasste sich der Bundestag mit zwei Anträgen der FDP-Fraktion zur Bankenkrise. Die Liberalen forderten darin, keine zusätzlichen Haushaltsmittel des Bundes sowie kein Bundes- oder KfW-Vermögen für die Sozialisierung von Verlusten zur Rettung von Finanzinstitutionen einzusetzen und sich überdies für eine zeitnahe Privatisierung der Landesbanken einzusetzen. Der FDP-Finanzexperte **Frank Schäffler** warf in der Debatte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vor, bei der IKB versagt zu haben. „Sie waren in der IKB-Krise zu langsam, zu zögerlich und zu halbherzig. Der entstandene Schaden ist riesig und hat katastrophale Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Bundeshaushalt“.

Fortsetzung von Seite 1

ger mehr Geld in der Tasche haben, ist richtig, das System aber auch gerechter zu gestalten, in dem ein Stufentarif eingeführt wird, ist zudem nötig. 10 % für die niedrigen Einkommen, 25 % für mittlere Einkommen und 35 % für höhere Einkommen – bei einem hohen Steuerfreibetrag für Kinder. Dabei wird nur das jeweils darüber liegende Einkommen besteuert, die Progressionsverluste verhindert.

Zur Gegenfinanzierung hat die FDP durchgerechnet vorgeschlagen, klare Aufgaben des Staates zu reduzieren. Erst in der letzten Haushaltsdebatte wurde das Steuersparbuch wieder erneuert. Mit Aufgaben- und damit Ausgabenabbau kann seriös gegenfinanziert werden. Zudem: je einfacher ein Steuersystem ist, desto eher sind wieder Mehreinnahmen beim Staat gegeben; dies zeigen viele Beispiele in anderen Ländern, die dieses getan haben.

Die Vereinfachung des Steuersystems, die Senkung der Steuern und die Fairness gegenüber allen Einkommensklassen – alles zusammen – ist entscheidend. Dies bietet das FDP-Steuermodell.

## Bundesrat

### Beamtenstatusgesetz

Bundesländer können Fragen des Beamtenstatus bei landesinternen Körperschaftsumbildungen künftig in eigener Zuständigkeit regeln. Nach der bereits am 24.4.2008 erfolgten Zustimmung des Bundestages zu diesem im Vermittlungsausschuss am 23.4.2008 erarbeiteten Vermittlungsergebnis stimmte dieser Regelung am 25.4.2008 auch eine große Ländermehrheit im Bundesrat zu.

### Pflegeweiterentwicklungsgesetz

Die Reform der Pflegeversicherung hat am 25.4.2008 den Bundesrat passiert und wird am 1. Juli in Kraft treten. Die Länderkammer verzichtete am Freitag zwar auf eine Anrufung des Vermittlungsausschusses. Jedoch mahnte sie in einem von den FDP-mitregierten Ländern initiierten und mehrheitlich verabschiedeten Entschließungsantrag weitere Reformen an, um die Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung dauerhaft abzusichern. Dazu sei nach Ansicht der Länder der Aufbau eines Kapitalstocks unverzichtbar, da das bislang existierende reine Umlagesystem auf Dauer überfordert wäre. „Der Beschluss des Bundesrates legt den Finger in die offene Pflegewunde der schwarz-roten Koalition“, sagte der pflegepolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Heinz Lanfermann**. Mit der Aufforderung an Gesundheitsministerin Schmidt, endlich für eine zukunftsfeste und generationengerechte Finanzierung der Pflegeversicherung zu sorgen, werde das Versagen bei dem wichtigsten Punkt der im Koalitionsvertrag versprochenen Pflegereform benannt.

### Schornsteinfegerwesen

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme am 25.4.2008 zum Gesetz zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens Verbesserungen angemahnt. Heftige Kritik am Regierungsentwurf kam vor allem aus Baden-Württemberg. Die Neuregelung verfehle völlig ihr Ziel, das Kehrmonopol zu beseitigen, kritisierte der baden-württembergische Wirtschaftsminister **Ernst Pfister (FDP)** in der Länderkammer. Das Gesetz treibe zudem die Kosten für die Bürger in die Höhe, weil die Kontrolle der Feuerstätten künftig alle dreieinhalb statt wie bisher alle fünf Jahre vorgeschrieben werde.

## Internet

Pressemitteilungen, Reden, Parlamentarische Initiativen und Fotos finden Sie auf meiner Internetseite unter der Webadresse:

[www.hartfrid-wolff.de](http://www.hartfrid-wolff.de)



Linktip: [www.fdp-fraktion.de](http://www.fdp-fraktion.de)

Die nächste Ausgabe des Bundestagsinfo wird etwa am Ende Mai 2008 erscheinen.

## Impressum

Herausgegeben von:  
Hartfrid Wolff MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Internet: [www.hartfrid-wolff.de](http://www.hartfrid-wolff.de)

Tel: 030-227-75217  
Fax: 030-227-76217  
[hartfrid.wolff@bundestag.de](mailto:hartfrid.wolff@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro:**  
Schwabstraße 31  
71332 Waiblingen  
Telefon: 07151/98 55 650  
Telefax: 07151/98 58 649  
E-Mail: [Hartfrid.Wolff@wk.bundestag.de](mailto:Hartfrid.Wolff@wk.bundestag.de)

## Reinhold-Maier-Stiftung

Baden - Württemberg

### *Einladung zum Verfassungstag am 23. Mai 2008 in Waiblingen*

Vor 59 Jahren, am 23. Mai 1949, wurde unser Grundgesetz in den westlichen Zonen in Kraft gesetzt; seit dem 3. Oktober 1990 ist es die Verfassung des gesamten deutschen Volkes.

Die Grundrechte bilden als wesentliches Merkmal des Rechtsstaates das für alle Bürger erlebbare Fundament unserer liberalen Verfassung. Im Mittelpunkt steht die Würde des Menschen. Im Rahmen der vorgegebenen Grundwerte und als bundes-, rechts- und sozialstaatliche Demokratie hat sich dieses System bewährt. Gleichwohl stehen die verfassten Grundrechte und die Staatsorganisation immer wieder vor neuen Herausforderungen. Diese aktuell zu beleuchten ist eine der vordringlichsten Aufgaben, um unsere Verfassung zu würdigen.

Die Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg lädt aus diesem Anlass zu einer Veranstaltung ein in das Bürgerzentrum Waiblingen, An der Talau 4,  
**am Freitag, 23. Mai 2008, 18.30 Uhr** mit folgendem Programm:

Es sprechen zu den Themen:

#### **Freiheit und Sicherheit -**

#### **Grundwerte unserer Verfassung im Spannungsverhältnis**

Prof. Dr. Ulrich Goll MdL, Stv. Ministerpräsident und Vorsitzender des Verwaltungsrates der Reinhold-Maier-Stiftung Baden-Württemberg

#### **Gelebte Verfassung - Koalitionen, Krisen, Kirchturm, Kassensturz**

Johannes Schmalzl, Regierungspräsident des Regierungsbezirks Stuttgart

#### **Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus -**

#### **Beteiligung als Bürgerrecht und Bürgerpflicht**

Hartfrid Wolff MdB, Mitglied des Verwaltungsrats der Reinhold-Maier-Stiftung

Anschließend Stehempfang

Musikalische Umrahmung: Jochen Ferber, Konzertpianist

Ich freue mich auf Ihr Kommen.

Ihr Hartfrid Wolff MdB

## Wieder kassiert Schwarz-Rot ab.

Während die CSU noch von Steuersenkungen spricht, wird mit dem Entwurf zum Jahressteuergesetz 2009 erneutes Abkassieren geplant. Diesmal werden die Eltern zur Kasse gebeten, die ihre Kinder auf private Schulen, wie z. B. die Freien Waldorfschulen, schicken. Der **Ausgabenabzug für das von den Eltern gezahlte Schulgeld soll abgeschafft werden**. Bereits für 2009 rechnet der Bundesfinanzminister so mit Mehreinnahmen von über 50 Millionen Euro.

Wer sich für eine gute Schulbildung seiner Kinder einsetzt, soll nun auch noch finanziell stärker belastet werden. CDU/CSU und SPD stellen nach außen immer wieder heraus, welche Wohltaten sie den Familien zukommen lassen. Gleichzeitig aber kassiert der Bundesfinanzminister ab.

Alles muss unternommen werden, damit junge Menschen eine gute Schulbildung erhalten. Das Jahressteuergesetz 2009 ist eine massive Beieinträchtigung auf den Wunsch vieler Eltern, ihren Kindern eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Laut Statistischem Bundesamt besuchten im Jahr 2006 über 890.000 Schüler eine private Schule in Deutschland.

## Verfassungstradition gegen Unions-Sicherheitskonzept setzen

Der Bundestag hat sich am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde mit dem Strategiepapier der Union für einen Nationalen Sicherheitsrat befasst. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, **Werner Hoyer**, warnte davor, dass das Kanzleramt nicht zu einer deutschen Version des „Weißen Hauses“ werden dürfe.

Die Kompetenzen seien klar in Artikel 65 des Grundgesetz geregelt und „genau das wollen wir bewahren, so Hoyer. FDP-Innenexperte **Max Stadler** erkennt in dem erneuten Anlauf der Union in der Sicherheitsdebatte, „eine falsche, ja, eine gefährliche Tendenz“. Die Liberalen werden dem „unsere Verfassungstradition“ entgegensetzen.

Nach dem Willen der Unions-Bundestagsfraktion soll der nationale Sicherheitsrat im Kanzleramt angesiedelt werden und die Arbeit mehrerer Ministerien im Bereich von Sicherheitsfragen koordinieren. Ein Nationaler Sicherheitsrat soll als politisches Analyse-, Koordinierungs- und Entscheidungszentrum ein „kohärentes Zusammenwirken aller Kräfte der inneren und äußeren Sicherheit gewährleisten“, heißt es in dem Entwurf. Die Bundeswehr soll demnach auch kurzfristig im Inland einsatzfähig werden können.

## Aus Europa

### Personalpoker

In Brüssel und Straßburg brodeln schon seit längerem die Gerüchteküche um die Neubesetzung der europäischen Spitzenposten ab 2009. Nun hat sich der Kommissionspräsident höchstpersönlich in die Personaldebatte eingeschaltet, indem er in einer Pressemitteilung vom 22. April seine Vorstellungen dazu bekannt gab: im Falle eines Rücktritts des Vize-Kommissionspräsidenten und Kommissars für Justiz und Inneres, Franco Frattini, solle der 71jährige Franzose **Jacques Barrot**, ebenfalls Vize-Präsident der Kommission und derzeitiger Kommissar für Transport, Frattini's Aufgaben gänzlich übernehmen. Aufgrund der Teilnahme Frattinis am italienischen Wahlkampf hatte Barrot die Generaldirektion Justiz und Inneres bereits interimweise geleitet.

Mit seiner Aussage schmälert Barroso Italiens Anrecht auf eine Nachnominierung indirekt, da ein Kandidat der Italiener nun die Aufgaben Barrots im Transportbereich übernehmen würde. Frattini, der möglicherweise den Posten als Außenminister in Silvio Berlusconi's Regierung annehmen wird, hat sich eine Bedenkzeit bis zum 28. April erbeten. Auch in Deutschland ist die Personaldebatte entbrannt. Da Kommissar Verheugen angekündigt hat, nicht wieder für den Posten als Industriekommissar zu kandidieren, streiten sich nun SPD und CDU um dessen Nachfolger. Während Kurt Beck mit dem Europaabgeordneten Martin Schulz, der auch als Parlamentspräsident für 2011 gehandelt wird, derzeit wenig Aussicht auf Erfolg hat, hat sich die SPD inzwischen in einer anderen Personalfrage durchgesetzt: **Guido Peruzzo**, Unterabteilungsleiter für EU-Strukturpolitik im Wirtschaftsministerium, soll nach Medienberichten Stellvertretender Botschafter an der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel werden. Er löst damit den Amtsinhaber Dr. Peter Witt zu einer schwierigen Zeit ab: kurz vor Beginn der französischen Ratspräsidentschaft, bei der für Deutschland wichtige Fragen in Bezug auf die Auto- und Energieindustrie sowie die Agrarpolitik verhandelt werden müssen. Die Ernennung Peruzzo's zu diesem Zeitpunkt ist dementsprechend nicht unumstritten.

### Haushaltsmanagement von Kommission und Mitgliedstaaten in der Kritik

In ihrer Debatte am 22. April im Straßburger Plenum haben die Europaparlamenta-

rier den Umgang mit Gemeinschaftsmitteln in der Vergangenheit scharf gerügt. Obwohl der „Bericht zur Entlastung der EU-Institutionen für die Haushaltsführung 2006“ mit Mehrheit angenommen wurde, setzte das EP damit ein starkes Signal Richtung Kommission und Mitgliedstaaten. Während der Kommission „kein umfassender Einblick“ in die geteilte Verwaltung der Mittel mit den Mitgliedstaaten attestiert wurde, herrsche bei einem Großteil der EU-Staaten eine „kollektive Verantwortungslosigkeit“, was EU-Mittel angehe. Insbesondere Deutschland wurde von Siim Kallas, dem für Haushaltskontrolle zuständigen Kommissar, kritisiert, weil es sich auch bislang weigerte, die aus den Strukturfonds erhaltenen Zahlungen offen zu legen. Der Kommissar schloss daher nicht aus, dass gegen Deutschland zukünftig ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet werden würde.

### Einbezug von Flugverkehr in das Emissionshandelssystem der EU

Am 18. April hat sich der Rat darauf geeinigt nun auch den Flugverkehr in das Emissionshandelssystem der EU mit einzubeziehen. Die Entscheidung würde die bestehende Richtlinie 2003/87/CE abändern. Die gemeinsame Position des Rates wurde dem Parlament zur zweiten Lesung im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens weitergeleitet, welches bei den Abstimmungen in vielen Punkten den Vorschlägen der liberalen Fraktion folgte. 2011 sollen alle Flüge aller Fluggesellschaften, auch aus Drittstaaten, die in der EU starten und landen in den Emissionshandel einbezogen werden. Das Parlament hat sich für ein ambitioniertes „Cap“ von 90% der Emissionen auf der Grundlage der Jahre 2004-2006 ausgesprochen, die Kommission hatte 100% der Emission der Basisjahre 2004-2006 vorgeschlagen. Künftig sollen bis zu 25% aller für den Luftverkehr verfügbaren Zertifikate versteigert werden können, was den Markteintritt von neuen Betreibern erleichtern sollte.

**Holger Krahmer**, Mitglied des Europäischen Parlaments (FDP) kritisierte allerdings den internationalen Alleingang der EU in dieser Frage: „Es ist Zeit von den Insellösungen der EU in der Klimapolitik Abstand zu nehmen. Die EU beschließt im Alleingang die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel und macht sich damit international keine Freunde.“

